



Amtsgericht Neunkirchen

Beschluss

Terminbestimmung

7 K 7/24

29.04.2026

Im Wege der Zwangsvollstreckung

soll am **Freitag, 21. August 2026, 09:00 Uhr**, im Amtsgericht Knappschaftsstraße 16, Saal/Raum Saal 43, versteigert werden:

Das im Grundbuch von Kohlhof Blatt 4539 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
1	Kohlhof	2	11/106	Hof- und Gebäudefläche, Moosbachweg	584

Der Versteigerungsvermerk wurde am 20.12.2024 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 70.000,00 €

Die Anschrift des Objekts lautet: Moosbachweg 8, 66539 NK (Ortsteil Kohlhof)

Objektbeschreibung:

Grundstück bebaut mit einem zweigeschossigen Dreifamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Garage

KG: Heizung, Öllager, Abstellräume

EG: 3 Zi/K/Bad/Diele Wohnfläche: ca. 72 m² + Terrasse (2 m²)

OG: 3 Zi/K/Bad/Diele Wohnfläche: ca. 72 m² + Terrasse (2 m²)

DG: 2 Zi/K/Bad/Diele Wohnfläche: ca. 46 m²

Baujahr: ca. 1960

Es besteht erheblicher Sanierungsstau nach Wasserschaden. Das Objekt war zum Zeitpunkt der Wertermittlung leerstehend und nicht zu Wohnzwecken nutzbar.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vor bezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Bieter haben auf Verlangen im Termin an das Gericht Sicherheitsleistung i.H.v. mindestens 10 % des Verkehrswertes zu leisten. Die Sicherheitsleistung kann neben Bundesbankschecks, durch Kreditinstitute ausgestellte Verrechnungsschecks und Bürgschaft nur noch durch Überweisung auf das Konto der Gerichtskasse (IBAN: DE90 5901 0066 0000 5066 68, BIC: PBNKDEFF590) unter Angabe des Aktenzeichens wirksam geleistet werden. Eine Barleistung ist nicht mehr möglich.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de

Lechelt
Rechtspflegerin